

JONAS KOTZUR

Die außergerichtliche
Realisierung
grenzüberschreitender
Verbraucherforderungen

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht*

142

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht
Band 142

herausgegeben von
Rolf Stürner



Jonas Kotzur

Die außergerichtliche Realisierung grenzüberschreitender Verbraucherforderungen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
zur Bedeutung der Verbraucherschlichtung

Mohr Siebeck

Jonas Kotzur, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Kopenhagen; 2010 Erstes Staatsexamen, 2012 Zweites Staatsexamen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Konstanz; seit 2016 Rechtsanwalt in Stuttgart.

e-ISBN PDF 978-3-16-155483-4

ISBN 978-3-16-155482-7

ISSN 0722-7574 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen. Der Annahme ging eine lehrreiche wie wertvolle Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter voraus, die mir immer in guter Erinnerung bleiben wird. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand Frühjahr 2017.

Mein besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater, Professor Dr. Michael Stürner, der mein Interesse an der außergerichtlichen Streitbeilegung weckte und damit den Denkanstoß zu dieser Arbeit gab. Seine fortlaufende fachliche Unterstützung, seine stete persönliche Gesprächsbereitschaft und die mir während des gesamten Arbeitsprozesses eingeräumte wissenschaftliche Freiheit als Mitarbeiter des Lehrstuhls hatten maßgeblichen Anteil am Entstehen der Arbeit. Frau Professor Dr. Astrid Stadler bin ich für die rasche Zweitbegutachtung sowie für das wohlabgewogene Gutachten zu Dank verpflichtet. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe danke ich Herrn Professor Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner und dem Mohr Siebeck Verlag.

Überdies haben mich viele Kollegen auf meinem wissenschaftlichen und persönlichen Weg begleitet und damit die Zeit der Promotion zu einem wunderbaren Lebensabschnitt mitgeformt. Die Herren Dr. Christoph Wendelstein, Dr. Matthias Klöpfer und Tobias Haselwander haben mir in vielen Gesprächen und Diskussionen Anregungen mit auf den Weg gegeben und damit wertvolle Hilfe bei der Erstellung der Arbeit geleistet. Meinen weiteren Assistentenkollegen und nunmehr guten Freunden möchte ich für viele heitere Stunden in und außerhalb der Universität, dem gesamten Lehrstuhlteam für die vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit danken. Meiner Verlobten, Frau Angelyn Haase gebührt sowohl für ihre unerschöpfliche Geduld als auch für die Redaktion der Arbeit mein herzlichster Dank.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, Dr. Najiba Kotzur und Dr. Hubert Kotzur. Diese haben durch die intensive wie konstruktive Durchsicht der Arbeit einen wesentlichen Beitrag zu deren Gelingen geleistet. Ihrem immerwährenden Zuspruch und ihrer steten Förderung während meines bisherigen Lebenswegs verdanke ich weit mehr, als mit dieser Widmung ausgedrückt werden kann.

Stuttgart im November 2017

Jonas Kotzur

Inhaltsübersicht

Teil 1: Einleitung und Problemstellung.....	1
§ 1. <i>Die Realisierung grenzüberschreitender Verbraucherforderungen</i> ..	3
I. Die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung grenzüberschreitender Forderungen	4
II. Alternative Möglichkeiten der Realisierung	6
§ 2. <i>Die gerichtlichen Verfahren zur Durchsetzung geringfügiger Forderungen</i>	12
I. Das Verfahren nach billigem Ermessen im deutschen Recht	12
II. Das Small Claims Verfahren im niederländischen Recht	14
III. Das Small Claims Verfahren im schwedischen Recht	16
IV. Würdigung der nationalen Verfahren	19
V. Das Verfahren nach der EG-Bagatellverordnung	19
VI. Die Reform der EG-Bagatellverordnung	21
VII. Bewertung der Reformansätze	24
VIII. Fazit	26
§ 3. <i>Die außergerichtliche Streitbeilegung als Alternative</i>	28
I. Hinderungsgründe für eine gerichtliche Geltendmachung	28
II. Die Hemmnisse innerhalb der Rechtspflege	31
III. Die außergerichtliche Streitbeilegung als Alternative	33
IV. Die Vorteile für den Unternehmer	34
V. Die Vorteile für Verbraucher und Unternehmer	38
VI. Die Vorteile für die Allgemeinheit	38
Teil 2: Entwicklung und Status quo der Verbraucherschlichtung ...	43
§ 4. <i>Die Entwicklung der außergerichtlichen Streitbeilegung in der Europäischen Union</i>	45
I. Die Vorläufer der ADR-Richtlinie und der ODR-Verordnung	45

II.	Die neueren Entwicklungen in der außergerichtlichen Streitbeilegung	48
III.	Die außergerichtliche Streitbeilegung als Zukunftsmodell	50
IV.	Neuorientierung in der europäischen Rechtspolitik	51
§ 5.	<i>Die Schlichtungslandschaft in Deutschland</i>	54
I.	Die Rechtsgrundlagen der Schlichtung	55
II.	Das Verfahren	65
§ 6.	<i>Schlichtungsmodelle in anderen europäischen Staaten</i>	85
I.	Das schwedische Allmänna Reklamationsnämnden	85
II.	Die niederländischen Geschillencommissies	91
§ 7.	<i>Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der bestehenden außergerichtlichen Streitbeilegung</i>	99
I.	Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der deutschen Schlichtungslandschaft	99
II.	Die grenzüberschreitende Streitigkeit in Schweden und in den Niederlanden	101
III.	Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der ADR-Richtlinie und in der ODR-Verordnung	103
Teil 3: Möglichkeiten der Entwicklung		115
§ 8.	<i>Das Konzept für eine Verfahrenseröffnung in grenzüberschreitenden Streitigkeiten</i>	117
I.	Die Vorteile einer speziellen Regelung für grenzüberschreitende Streitfälle	117
II.	Das Grundverständnis der Zuständigkeitsbestimmung	119
III.	Die Interessen und ihre Gewichtung	123
IV.	Vorschlag für die Kompetenzbestimmung in grenzüberschreitenden Verfahren	192
§ 9.	<i>Das Verfahren der Schlichtungsstelle</i>	196
I.	Die Organisation der Schlichtungslandschaft	198
II.	Die umfassten Ansprüche	202
III.	Die Ablehnung der Verfahrenseröffnung	213
IV.	Die Teilnahme des Unternehmers	218
V.	Die formularmäßig vorgesehene Schlichtung	229
VI.	Die formellen Qualitätsanforderungen der Richtlinie	235
VII.	Die Online Dispute Resolution	244

§ 10. Die Ausrichtung des Verfahrens am geltenden Recht	253
I. Die Bedeutung des geltenden Rechts	254
II. Die Rechtsfolgen als entscheidender Punkt	257
III. Abweichung von Verbraucherschützenden Normen in der Entscheidung	258
IV. Die Veröffentlichung bedeutsamer oder systemrelevanter Entscheidungen	269
§ 11. Die Absicherung des Verfahrensergebnisses	274
I. Die Bindung an das Verfahrensergebnis	274
II. Die Verfahrensabsicherung im E-Commerce	294
III. Die Anerkennung und Vollstreckung der erzielten Vereinbarung ..	302
§ 12. Schlussbetrachtung und Ausblick	311

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Teil 1: Einleitung und Problemstellung.....	1
§ 1. <i>Die Realisierung grenzüberschreitender Verbraucherforderungen</i> ..	3
I. Die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung grenzüberschreitender Forderungen	4
II. Alternative Möglichkeiten der Realisierung	6
1. Die Geschichte der außergerichtlichen Streitbeilegung	6
2. Die Arten der außergerichtlichen Streitbeilegung	7
3. Die außergerichtliche Streitbeilegung im nationalen Recht europäischer Staaten	8
4. Die außergerichtliche Streitbeilegung in der Europäischen Union	10
§ 2. <i>Die gerichtlichen Verfahren zur Durchsetzung geringfügiger Forderungen</i>	12
I. Das Verfahren nach billigem Ermessen im deutschen Recht	12
1. Der Anwendungsbereich des Verfahrens	13
2. Die Vereinfachungen innerhalb des Verfahrens	13
3. Das Urteil	14
4. Die Kosten des Verfahrens	14
II. Das Small Claims Verfahren im niederländischen Recht	14
1. Der Anwendungsbereich des Verfahrens	15
2. Die Vereinfachungen des Verfahrens	15
3. Das Urteil	16
4. Die Kosten des Verfahrens	16
III. Das Small Claims Verfahren im schwedischen Recht	16
1. Der Anwendungsbereich des Verfahrens	17
2. Die Vereinfachungen des Verfahrens	17
3. Das Urteil	18

4. Die Kosten des Verfahrens	18
IV. Würdigung der nationalen Verfahren	19
V. Das Verfahren nach der EG-Bagatellverordnung	19
1. Der Anwendungsbereich der Verordnung	20
2. Die Vereinfachungen des Verfahrens	20
3. Das Urteil	21
4. Die Kosten des Verfahrens	21
VI. Die Reform der EG-Bagatellverordnung	21
1. Die Erweiterung des Anwendungsbereichs	22
2. Die Ausweitung des Begriffs der grenzüberschreitenden Rechtssache	22
3. Die Änderungen im Verfahrensablauf	23
VII. Bewertung der Reformansätze	24
1. Die Erweiterung des Anwendungsbereichs	24
2. Die Ausweitung des Begriffs der grenzüberschreitenden Rechtssache	25
3. Die Änderungen im Verfahrensablauf	25
VIII. Fazit	26
§ 3. <i>Die außergerichtliche Streitbeilegung als Alternative</i>	28
I. Hinderungsgründe für eine gerichtliche Geltendmachung	28
1. Die nicht wirtschaftlich motivierten Gründe	28
2. Die wirtschaftlichen Hindernisse	30
II. Die Hemmnisse innerhalb der Rechtspflege	31
1. Die Probleme im staatlichen Gerichtswesen	31
2. Die Widerstände in der Anwaltschaft	32
III. Die außergerichtliche Streitbeilegung als Alternative	33
IV. Die Vorteile für den Unternehmer	34
1. Die Vorteile für den einzelnen Unternehmer	34
2. Die Vorteile für die gesamte Branche	36
V. Die Vorteile für Verbraucher und Unternehmer	38
VI. Die Vorteile für die Allgemeinheit	38
Teil 2: Entwicklung und Status quo der Verbraucherschlichtung	43
§ 4. <i>Die Entwicklung der außergerichtlichen Streitbeilegung in der Europäischen Union</i>	45
I. Die Vorläufer der ADR-Richtlinie und der ODR-Verordnung	45
II. Die neueren Entwicklungen in der außergerichtlichen Streitbeilegung	48
III. Die außergerichtliche Streitbeilegung als Zukunftsmodell	50

IV.	Neuorientierung in der europäischen Rechtspolitik	51
1.	Perspektivwechsel auf europäischer Ebene	51
2.	Staatliche Gewährleistungsverantwortung	51
3.	Gewährleistungsverantwortung im Rahmen von grenzüberschreitenden Streitfällen	52
§ 5.	<i>Die Schlichtungslandschaft in Deutschland</i>	54
I.	Die Rechtsgrundlagen der Schlichtung	55
1.	Im Bankensektor	55
a)	Die Rechtsgrundlage im UKlaG	56
b)	Die umfassten Ansprüche	56
c)	Der Träger der Schlichtung	57
2.	Im Versicherungssektor	58
a)	Die Rechtsgrundlage im VVG	58
b)	Die umfassten Ansprüche	58
c)	Der Träger der Schlichtung	59
3.	Weitere Schlichtungseinrichtungen mit gesetzlicher Grundlage	59
4.	Schlichtungseinrichtungen ohne gesetzliche Grundlage	60
5.	Die rechtspolitischen Erwägungen	62
6.	Der staatliche Einfluss auf die Schlichtungslandschaft	63
7.	Die rechtliche Organisation der Schlichtung	64
II.	Das Verfahren	65
1.	Die Eröffnung des Verfahrens	65
a)	Der Beschwerdeführer	65
b)	Der Beschwerdegegner	67
c)	Der streitgegenständliche Anspruch	67
2.	Die Vorprüfungen	68
a)	Die vorherige Kontaktaufnahme mit dem Unternehmer ...	68
b)	Die ungeeignete Beschwerde	69
c)	Die Streitwertgrenze	70
d)	Die Feststellung der Zulässigkeit	70
3.	Die Durchführung des Verfahrens	70
a)	Der Zugang des Verbrauchers zur Schlichtung	70
b)	Die Prüfung der Beschwerde auf Vollständigkeit	71
c)	Die Gewährung des rechtlichen Gehörs	72
d)	Die materielle Prüfung der Beschwerde	72
(1)	Der Grundsatz der Amtsermittlung	72
(2)	Die Schriftlichkeit des Verfahrens	73
(3)	Der Beschleunigungsgrundsatz	74
(4)	Die Bindung an Recht und Gesetz	75
4.	Die verfahrensabschließende Entscheidung	76
a)	Ausprägung in der BVO	77
b)	Ausprägung in der VomVO	78

5. Die Kosten des Verfahrens	78
6. Die weiteren Verfahrenswirkungen	79
7. Die Veröffentlichung von Entscheidungen	80
8. Der Ombudsmann	81
a) Die persönlichen Voraussetzungen	81
b) Die Stellung des Ombudsmanns	82
§ 6. <i>Schlichtungsmodelle in anderen europäischen Staaten</i>	85
I. Das schwedische Allmänna Reklamationsnämnden	85
1. Rechtliche Grundlage	86
2. Zuständigkeit der Stelle	86
a) Sachliche Zuständigkeit	86
b) Ungeeignete Beschwerden	87
c) Streitwertgrenzen	87
d) Örtliche Zuständigkeit	88
3. Grundzüge des Verfahrens	88
a) Zugang des Verbrauchers zum Verfahren	88
b) Sachprüfung	88
4. Abschluss des Verfahrens	89
5. Kosten des Verfahrens	90
6. Sicherstellung der Unabhängigkeit des Verfahrens	90
a) Organisation der Stelle	90
b) Person des Schlichters	90
II. Die niederländischen Geschillencommissies	91
1. Rechtliche Grundlagen	91
2. Ausbildung der einzelnen Geschillencommissies	92
3. Zuständigkeit der Stelle	93
a) Sachliche Zuständigkeit	93
b) Zugehörigkeit des Unternehmens	94
c) Beteiligte des Verfahrens	94
4. Grundzüge des Verfahrens	95
a) Vorprüfung	95
b) Sachprüfung	95
5. Abschluss des Verfahrens	95
6. Kosten des Verfahrens	96
7. Sicherstellung der Unabhängigkeit	97
a) Organisation der Stelle	97
b) Person des Schlichters	98
§ 7. <i>Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der bestehenden außergerichtlichen Streitbeilegung</i>	99
I. Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der deutschen Schlichtungslandschaft	99

1. Gründe für die derzeitige Lage	100
a) Die Organisationsform	100
b) Die sektorielle Spezialisierung	101
2. Grenzüberschreitende Streitigkeiten	101
II. Die grenzüberschreitende Streitigkeit in Schweden und in den Niederlanden	101
1. Schweden	102
2. Niederlande	102
III. Die grenzüberschreitende Streitigkeit in der ADR-Richtlinie und in der ODR-Verordnung	103
1. Die Behandlung in der ADR-Richtlinie	103
2. Die Behandlung in der ODR-Verordnung	104
3. Die Lösung über Netzwerke	106
4. Das Gebot der Mindestharmonisierung	108
5. Die Umsetzung in nationales Recht	109
a) Die Zuständigkeit	110
b) Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit	112
6. Fazit	113
 Teil 3: Möglichkeiten der Entwicklung	 115
 § 8. <i>Das Konzept für eine Verfahrenseröffnung in grenzüberschreitenden Streitigkeiten</i>	 117
I. Die Vorteile einer speziellen Regelung für grenzüberschreitende Streitfälle	117
II. Das Grundverständnis der Zuständigkeitsbestimmung	119
1. Zuständigkeit im gerichtlichen Verfahren	119
2. Verfahrenseröffnung im außergerichtlichen Verfahren	120
3. Unterschiede und Gemeinsamkeiten im gerichtlichen und außergerichtlichen Bereich	121
III. Die Interessen und ihre Gewichtung	123
1. Die Orientierung an konkreten Interessen	125
2. Mögliche Anknüpfungspunkte für den Interessenausgleich zwischen Verbraucher und Unternehmer	126
a) Die Partei- und Sachnähe	127
b) Die Nähe zum anwendbaren Recht	128
c) Die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der ergangenen Entscheidung	129
3. Die Interessengewichtung	129
4. Die Orientierung an typisierenden Interessen	130
a) Das Beispiel des Art. 17 EuGVVO	133

aa) Die Entstehung des Abschnittes über die Zuständigkeit in Verbrauchersachen	134
bb) Die grundsätzlichen Wertungen	135
cc) Der persönliche Anwendungsbereich	137
(1) Der Verbraucher	137
(2) Der andere Vertragspartner	140
dd) Der sachliche Anwendungsbereich der Vorschrift	141
ee) Die Weiterentwicklung des Art. 17 EuGVVO durch die Rechtsprechung des EuGH	141
(1) Das Ausrichten der Tätigkeit	142
(2) Der Vertragsschluss im Fernabsatz	144
(3) Die Kausalität des Ausrichtens für den Vertragsschluss	144
b) Die Übertragbarkeit auf die außergerichtliche Streitbeilegung	145
aa) Vergleichbare Sachlage	145
bb) Die allgemeinen Voraussetzungen	146
cc) Die Interessenabwägung	147
(1) Allgemeines zum Begriff des Ausrichtens	148
(2) Das Ausrichten der Tätigkeit als Willensbekundung des Unternehmers	149
(3) Ausrichten als zu objektivierendes Element	149
(a) Argumente gegen einen Kriterienkatalog	149
(b) Argumente für einen Kriterienkatalog	151
(4) Übertragbarkeit der vom EuGH entwickelten Anhaltspunkte	152
(a) Die offenkundigen Aspekte	152
(i) Das Anbieten	153
(ii) Ausgaben für Suchmaschinen	154
(b) Die weiteren Aspekte	155
(i) Der internationale Charakter der unternehmerischen Tätigkeit	155
(ii) Die gewählte Sprache und Währung	156
(iii) Die Angabe der internationalen Vorwahl ...	157
(iv) Die Anfahrtsbeschreibung	158
(v) Die Top Level Domain	159
(vi) Die Unterscheidung in aktive und passive Websites	160
(c) Vom EuGH nicht genannte Aspekte	160
(5) ... und der Vertrag in den Bereich der Tätigkeit fällt	161
(a) Die Ausgangsposition im gerichtlichen Verfahren	161

(b) Übertragbarkeit auf die außergerichtliche Streitbeilegung	162
(6) Kausalität zwischen Ausrichten und konkretem Vertragsschluss	163
(a) Tragfähigkeit der Argumentation im gerichtlichen Verfahren	163
(i) Der Wortlaut als Ausgangspunkt	163
(ii) Der Charakter des Verbrauchergerichtsstandes	164
(iii) Die Beweislastproblematik	166
(iv) Die rechtsaktübergreifende harmonisierende Auslegung; Art. 6 Rom I-VO	168
(b) Die Übertragbarkeit auf die außergerichtliche Streitbeilegung	168
(i) Der Ausnahmecharakter der Schlichtung im Verbraucherstaat	169
(ii) Die „Beweislastproblematik“	169
(iii) Die harmonisierende Auslegung	170
(iv) Zwischenergebnis	171
dd) Die Interessen der AS-Stelle	171
(1) Grundannahme für einen Gleichlauf	172
(2) Gleichlauf in Verbrauchersachen vor staatlichen Gerichten	173
(3) Gleichlauf im außergerichtlichen Verfahren	174
(a) Der kollisionsrechtliche Verbraucherschutz	174
(b) Der persönliche Anwendungsbereich	175
(c) Der sachliche Anwendungsbereich	176
(d) Die Anknüpfungspunkte	177
(e) Die Bereichsausnahmen des Art. 6 Rom I-VO ..	178
(i) Die Finanzinstrumente	178
(ii) Verträge in multilateralen Systemen	179
(iii) Die Miete von unbeweglichen Sachen	179
(iv) Die Güter- und Personenbeförderung	180
(v) Die Versicherungsverträge	181
(vi) Die ausschließlich im Ausland erbrachte Dienstleistung	182
(f) Die Relevanz der Bereichsausnahmen im außergerichtlichen Verfahren	183
(i) Die ausschließliche Erbringung der Dienstleistung im Ausland	184
(ii) Die Beförderungsverträge	187
(iii) Verträge über Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen	189

	(iv) Versicherungsverträge	190
	(v) Zwischenergebnis	191
	(g) Die Versorgung der AS-Stelle mit Informationen über das ausländische Recht	191
IV.	Vorschlag für die Kompetenzbestimmung in grenzüberschreitenden Verfahren	192
	1. Die Kompetenzbestimmung	192
	2. Praxistauglichkeit der gefundenen Lösung	192
	a) Eignung für die streitbeilegenden Stellen	193
	b) Praxistauglichkeit für die Verfahrensbeteiligten	194
	c) Die praktischen Vorteile der Verfahrenseröffnung	194
§ 9.	<i>Das Verfahren der Schlichtungsstelle</i>	196
I.	Die Organisation der Schlichtungslandschaft	198
	1. Die Konzeption der ADR-Richtlinie	198
	2. Die Vorteile der privatrechtlich organisierten Streitbeilegung ..	198
	3. Die Notwendigkeit einer behördlichen Auffangstelle	200
	4. Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	201
II.	Die umfassten Ansprüche	202
	1. Dienstleistungsverträge	202
	2. Kaufverträge	203
	a) Die besondere Bedeutung des E-Commerce in der außergerichtlichen Streitbeilegung	204
	b) Die digitalen Inhalte	205
	aa) Die digitalen Inhalte im europäischen Recht	205
	(1) Die Verbraucherrechterichtlinie	205
	(2) Der Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	206
	(3) Der Vorschlag einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte	207
	bb) Die digitalen Inhalte im deutschen Recht	208
	cc) Notwendigkeit der Unterscheidung in Kaufverträge und Dienstleistungsverträge	209
	c) Die digitalen Inhalte in der alternativen Streitbeilegung ..	211
	3. Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	212
III.	Die Ablehnung der Verfahrenseröffnung	213
	1. Die vorgesehenen Ablehnungsgründe	213
	2. Weitere Ablehnungsgründe	213
	a) Die Vereinbarkeit mit der ADR-Richtlinie	214
	b) Praktische Folgen	216
	3. Die grenzüberschreitenden Sachverhalte	217
	4. Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	217

IV.	Die Teilnahme des Unternehmers	218
1.	Der Teilnahmezwang	218
a)	Bisherige Erfahrungen in deutschen vorergerichtlichen Verfahren	219
b)	Keine Teilnahmeverpflichtung im Rahmen der ADR-Richtlinie	221
2.	Das Comply or Explain-Konzept	221
a)	Das Konzept	222
b)	Der Regelungszweck	223
c)	Die Rechtsnatur	224
d)	Übertragbarkeit auf die außergerichtliche Streitbeilegung ..	225
aa)	Die Ausgangslage der ADR-Richtlinie	225
bb)	Inhalt der Empfehlung	226
cc)	Die Belastung des Unternehmers	226
dd)	Zu erwartende Effekte	227
e)	Fazit	227
3.	Das Teilnahmeinteresse des Unternehmers	227
4.	Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	228
V.	Die formularmäßig vorgesehene Schlichtung	229
1.	Der Ausgangspunkt der Richtlinie	230
2.	Behandlung im deutschen Recht	230
3.	Behandlung im europäischen Recht	232
4.	Auswirkungen auf die Streitbeilegung nach der ADR-Richtlinie	233
5.	Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	233
VI.	Die formellen Qualitätsanforderungen der Richtlinie	235
1.	Die institutionellen Absicherungen	235
a)	Die streitbeilegende Person	235
b)	Die streitbeilegende Stelle	235
c)	Die Unabhängigkeit im Verfahren	236
2.	Die personelle Absicherung	237
3.	Die Kennzeichnung der Stellen	238
a)	Der Ausgangspunkt der ADR-Richtlinie	238
b)	Die Vergabe eines Gütesiegels	239
c)	Ein europäisches ADR-Gütesiegel	240
d)	Vergabe durch die Kommission	241
e)	Zusätzliche mitgliedstaatliche Kennzeichnung	242
4.	Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	242
VII.	Die Online Dispute Resolution	244
1.	Arten der Online Dispute Resolution	244
2.	Die Vorteile der Online Dispute Resolution	245
3.	Online Dispute Resolution für Sachverhalte der ADR-Richtlinie	246
4.	Der Anwendungsbereich der ODR-Verordnung	247
5.	Die Ausgestaltung der Online Dispute Resolution	250

a) Die notwendigen elektronischen Leistungen	250
b) Der Datenschutz	251
<i>§ 10. Die Ausrichtung des Verfahrens am geltenden Recht</i>	<i>253</i>
I. Die Bedeutung des geltenden Rechts	254
1. Die bisherigen Erfahrungen	254
2. Die Ausrichtung am geltenden Recht	255
3. Die Kritik an der Verrechtlichung des Verfahrens	256
II. Die Rechtsfolgen als entscheidender Punkt	257
III. Abweichung von verbraucherschützenden Normen in der Entscheidung	258
1. Berücksichtigung von Verbraucherrecht in nicht staatlichen Verfahren	259
2. Der Verfahrensabschluss nach den Vorgaben der ADR-Richtlinie	261
3. Geltungsbereich des Verbraucherschutzrechts	262
4. Ausnahmen bei einvernehmlicher Streitbeilegung	265
5. Besondere Probleme bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	267
6. Die Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	268
IV. Die Veröffentlichung bedeutsamer oder systemrelevanter Entscheidungen	269
1. Der Ausgangspunkt der ADR-Richtlinie	269
2. Der Ausgangspunkt der ODR-Verordnung	270
3. Die Veröffentlichung von Präzedenzfällen	271
4. Die Einschränkung von Veröffentlichungen	272
<i>§ 11. Die Absicherung des Verfahrensergebnisses</i>	<i>274</i>
I. Die Bindung an das Verfahrensergebnis	274
1. Das System der Freiwilligkeit	275
2. Das System der einseitigen Bindung	276
3. Weitere Bindungsmöglichkeiten	277
a) Die vorläufig bindenden Entscheidungen	277
b) Die aufschiebend bedingten Entscheidungen	278
4. Die Ergebnisabsicherung nach der ADR-Richtlinie	279
a) Grundlage der einseitigen Bindung	281
aa) Einordnung als Schiedsspruch	282
bb) Einordnung als drittbegünstigender Vertrag	282
cc) Einordnung als Venire contra factum proprium	283
b) Einschränkungen der einseitigen Bindungswirkung	285
c) Ergebnis	286
5. Die Branchenverbandabsicherung – Hollands Geschillencommissies	287
6. Alternativen zur Bindungswirkung	288

a)	Die Stellung von Sicherheiten	288
aa)	Sicherheiten im gerichtlichen Verfahren	288
(1)	Die Bankbürgschaft	289
(2)	Die Hinterlegung	289
bb)	Sicherheiten außerhalb von Gerichtsverfahren	290
cc)	Eignung der Sicherheiten für außergerichtliche Verfahren	290
b)	Die Berücksichtigung außergerichtlichen Verhaltens innerhalb eines nachfolgenden Zivilprozesses	291
II.	Die Verfahrensabsicherung im E-Commerce	294
1.	Der PayPal-Käuferschutz	295
a)	Die Anwendungsvoraussetzungen	295
b)	Die Gründe des Erfolgs	297
c)	Rechtliche Vorteile für den Verbraucher	298
d)	Geeignetes Mittel zur Verfahrensabsicherung	299
2.	Die Absicherung über Online Bewertungen	300
a)	Angeschlossene Bewertungen	300
b)	Eignung für Streitfälle aus dem E-Commerce	301
III.	Die Anerkennung und Vollstreckung der erzielten Vereinbarung ..	302
1.	Der Anwendungsbereich des § 794 ZPO	303
2.	Der Anwaltsvergleich	303
3.	Die vollstreckbare notarielle Urkunde	304
4.	Der Vergleich vor einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle	305
a)	Die Nutzung der Möglichkeit des § 794 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 ZPO	306
b)	Das Beispiel Baden-Württembergs	306
c)	Die gemäß den Anforderungen der ADR-Richtlinie eingerichtete AS-Stelle	307
d)	Anpassung des § 22 AGGVG-BW	308
5.	Anerkennung und Vollstreckung gemäß Artt. 58, 60 EuGVVO ..	308
a)	Gütestellenvergleich als öffentliche Urkunde im Sinne des Art. 58 EuGVVO	308
b)	Die Vollstreckung im Ausland	309
c)	Vorteile für den Verbraucher	310
	<i>§ 12. Schlussbetrachtung und Ausblick</i>	311
	Literaturverzeichnis	315
	Sachregister	339

Abkürzungsverzeichnis

AnwBl	Anwaltsblatt
BB	Betriebs-Berater
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
CMLR	Common market law review
CR	Computer und Recht
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DS	Der Sachverständige
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ELR	European Law Reporter
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuR	Europarecht
euvr	Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
GewArch	Gewerbearchiv
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht/Internationaler Teil
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IHR	Internationales Handelsrecht
Int Rev Law Comput Tech	International Review of Law, Computers & Technology
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IR	InfrastrukturRecht
J. Consum. Pol.	Journal of Consumer Policy
J. Priv. Int. L.	Journal of private international law
JA	Juristische Arbeitsblätter
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation & Recht
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LMuR	Lebensmittel & Recht
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht

MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MMR	Multimedia und Recht
NC JOLT	North Carolina Journal of Law & Technology
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
Ohio St. J. Disp. Resol.	Ohio State Journal on Dispute Resolution
Penn. St. J. L. & Int'l Aff.	Penn State Journal of Law & International Affairs
R. E. D. C.	Revue européenne de droit de la consommation /European journal of consumer law
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RCDIP	Revue critique de droit international privé
RdE	Recht der Energiewirtschaft
Rich. J. L. & Tech.	Richmond Journal of Law & Technology
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rpfleger	Der deutsche Rechtspfleger
RRa	Reise-Recht aktuell
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Tex. Law Rev	Texas Law Review
TranspR	Transportrecht
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VuR	Verbraucher und Recht
VuR Sonderheft	Sonderausgabe Verbraucher und Recht
VW	Versicherungswirtschaft
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WuM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht
YbPrivIntL	Yearbook of Private International Law
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht

Teil 1

Einleitung und Problemstellung

§ 1. Die Realisierung grenzüberschreitender Verbraucherforderungen

Die Realisierung grenzüberschreitender Ansprüche beschäftigt die Rechtswissenschaft seit geraumer Zeit. Der ursprünglich national geführte Diskurs fand mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. März 1957 durch die Römischen Verträge eine europäische Dimension. Bereits im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft war in Art. 2 als Ziel die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes vorgesehen.¹ Dieses Ziel sollte zunächst mit dem Abbau materieller Schranken, wie der Aufhebung der Waren- und der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen, sowie der Beseitigung technischer Schranken, wie der Angleichung von handelshemmenden nationalen Vorschriften oder der Aufhebung von Beschränkungen im Kapitalverkehr und im Dienstleistungsmarkt, angestrebt werden.² Nach der Erreichung eines Großteils dieser Ziele richtete sich 1993 der Blickwinkel auf den zusammenwachsenden europäischen Raum.³ Zwar wurden die Fortschritte bei der Verwirklichung des gemeinsamen Marktes positiv hervorgehoben, dennoch sei eine Vollendung bisher nicht eingetreten. Daher sei die weitere Entwicklung des Marktes eine wichtige Aufgabe, welche weiterhin verfolgt werden müsse.

Im Jahr 1997 wurden im Rahmen dieser Fortentwicklung beim Amsterdamer Gipfel vier strategische Ziele definiert, welche neben der besseren Inkraftsetzung des Binnenmarktrechts und der Verhinderung von Verzerrungen im Marktgefüge auch den Abbau sektorspezifischer Schranken sowie die Schaffung einer größeren Bürgernähe umfassten. Eine weitere Strategie der Europäischen Kommission hebt dann im Jahr 1999 neben der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger besonders die Effizienzsteigerung der Güter- und Kapitalmärkte, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die bessere Nutzung der sich aus dem Binnenmarkt ergebenden Möglichkeiten in einer Welt des

¹ Einen Überblick über die Anfänge des Europäischen Integrationsprozesses gibt *von der Groeben*, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft*, S. 23–57.

² *Bergmann*, in: *Bergmann, Handlexikon der Europäischen Union, Binnenmarkt, II. Das Binnenmarkt-Programm* beschreibt eingehend die im Einzelnen verfolgten Zielsetzungen.

³ *Schröder*, in: *Streinz, EUV/AEUV, Art. 26 AEUV Rn. 39* bezeichnet daher das Jahr 1993 als den Startpunkt des europäischen Binnenmarkts.